

Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen:

Wir haben Alternativen - eine andere Welt ist möglich!

Der Ausgang des Referendums zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ebenso wie die Regierungskrise in Deutschland beweisen: Immer weniger vertrauen die Bürgerinnen und Bürger auf Empfehlungen und Aussagen der herrschenden Politikerinnen und Politiker. Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre steckt in einer tiefen Legitimationskrise. Es hat sich als falsch erwiesen, dass durch Sozialabbau die Erwerbslosigkeit gesenkt wird. Das Gegenteil ist eingetreten und wird durch das Festhalten an der Lissabon-Strategie weiter verschärft: die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, jung und alt, Menschen mit und ohne gehen Pass, in "Leistungserbringer" und "Alimentenbezieher". Die Gewerkschaften und die abhängig Beschäftigten sehen sich einem Generalangriff auf Tarifautonomie, Mitbestimmungsrechte und Kündigungsschutz ausgesetzt. Demokratieabbau und steigende Repressionen gehen einher mit Militarisierung. Die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt sind völlig unzureichend. Die Kluft zwischen GlobalisierungsgewinnerInnen und -verliererInnen wird tiefer. All das erfüllt zahlreiche Menschen mit wachsender Sorge um eine lebenswerte Zukunft – global, in Europa und auch hier in Deutschland.

Als Teil der internationalen und globalisierungskritischen Bewegung trafen wir uns in Erfurt - nicht nur um die politischen und sozialen Verhältnisse grundlegend zu kritisieren, sondern auch um unsere Alternativen zu entwickeln für eine solidarische, demokratische, ökologische, nicht-patriarchale und sozial gerechte Gesellschaft.

Soziales und Arbeit neu denken. Wir fordern eine komplette Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitspolitik. Wir brauchen ein existenzsicherndes Mindesteinkommen/ Grundeinkommen für jede und jeden jetzt als Alternative zu Hartz IV, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine menschenwürdige Rente ohne Diskriminierung, massive Arbeitszeitverkürzung.

Wir treten ein für **eine solidarische Gesellschaft**, ohne Ausgrenzung und Massenerwerbslosigkeit, ohne Armut und soziale Spaltung, in der jeder und jede sich umfassend bilden und entwickeln und in unterschiedlichen Formen tätig werden kann, chronisch Kranke und behinderte Menschen gleichgestellt sind, jeder Mensch das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen hat. Die Privatisierungen in diesen Bereichen müssen gestoppt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder am gesellschaftlichen Reichtum angemessen und sicher teil hat. Geld ist genug da! Solidarische Einfachsteuer jetzt!

Eine nach innen und außen friedliche Gesellschaft, die auf militärische Gewalt verzichtet und auch ökonomisch auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität mit anderen Ländern und Weltregionen zusammenarbeitet. Wir lehnen den "Krieg gegen den Terror" ab – er wird zum Vorwand genommen, um demokratische Rechte einzuschränken und Musliminnen und Muslime zu stigmatisieren. Wir fordern die Rücknahme der Anti-Terrorgesetze und des Zuwanderungsgesetzes sowie den sofortigen Stopp aller Deportationen von Flüchtlingen! Wir brauchen keine weltweit einsatzfähige Interventionsarmee sondern Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Stoppt die milliardenschweren Aufrüstungsprogramme! Die außerhalb Deutschlands stationierten Bundeswehrtruppen müssen abgezogen werden. Die faktische Unterstützung der Besatzungsherrschaft und der US-Kriegsführung im Irak muss beendet werden. Für einen gerechten Frieden in Palästina! Wir bleiben bei unserem konsequenten Nein zur EU-Verfassung!

Eine ökologische zukunftsfähige Gesellschaft, die den Ausstoß von Klimagasen und umweltbelastenden Stoffen sowie den Verbrauch nicht erneuerbaren Ressourcen auf ein international verträgliches Maß senkt. Das bedeutet bei uns eine ökologisch konsequente Landwirtschaft-, eine Siedlungs-, Energie- und Verkehrspolitik auf der Basis regenerativer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt leben und in der Männer nicht über die Köpfe der Frauen entscheiden. Dies ist zur Zeit in Politik, Gesetzgebung sowie in der Arbeitswelt immer noch die diskriminierende Realität.

Eine demokratische Gesellschaft mit weit über Wahlkämpfe und Wahltage hinausgehender demokratischer Teilhabe und aktiver Partizipation sowie Entscheidungskompetenz für alle Einwohnerinnen und Einwohner auf allen Ebenen: von der unmittelbaren Interessenvertretung über ökonomische Entscheidungsprozesse, betriebliche Mitbestimmung bis hin zu allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Fragen - von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und globalen. Wege dahin sind die Ausweitung von BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheiden auf allen Ebenen sowie Beteiligungshaushalte.

Eine andere Welt ist möglich, wenn wir gemeinsam die totale Vermarktung der Menschen und ihrer Umwelt stoppen und globales Zusammenleben neu gestalten. Dazu brauchen wir Austausch und Begegnung wie bei diesem Sozialforum in Erfurt:

- **Verstärkte Vernetzung** der sozialen Bewegungen vor Ort, nicht zuletzt in Form der lokalen Sozialforen, um die Menschen zu befähigen, Akteure direkter Demokratie zu werden. Dazu gehört auch die Verknüpfung zu überregionalem Austausch und gemeinsamer Aktion.
- **Globalisierung von unten**: Kommunikation und Kooperation unabhängig von Kultur, Religion, Geschlecht und Hautfarbe. Der gemeinsame Kampf weltweit für globale soziale Rechte für alle ist unsere Aufgabe. Wir fordern Schuldenstreichung und das Ende der neoliberalen Struktur Anpassungsprogramme.

Ob es gelingt, weiteren neoliberalen Umbau zu verhindern, hängt entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen vor und nach den Bundestagswahlen statt. Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muss mit unserem massiven Widerstand rechnen.

Als gemeinsame Aktionen der nächsten Monate schlagen wir vor:

- Einen dezentralen bundesweiten Aktionstag am 5. September: Soziale Bewegungen melden sich zum Wahlkampf zu Wort!
- Eine Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen am 19./20. November 2005.
- Die Mobilisierung zum europäischen Aktionstag für ein soziales Europa am 15.12.2005 in Brüssel sowie die Fortsetzung der Kampagne gegen die EU-Verfassung und die Proteste gegen die EU-Richtlinien zu Dienstleistung Arbeitszeit und Militarisierung.
- Bundesweite globalisierungskritische Aktionstage im Zusammenhang mit der Fußball Weltmeisterschaft im Sommer 2006: Gegen Überwachungswahn, gegen die ausbeuterische Produktionsweise von Nike und Co sowie gegen Rassismus.
- Eine Kampagne gegen die Politik der G8 anlässlich ihres Gipfels im Juli 2007 in Heiligendamm.

Wir laden im Herbst 2007 zu einem zweiten Sozialforum in Deutschland ein.

Außerdem unterstützen wir folgende Veranstaltungen und Aktionen:

- Die Aktionen gegen Gentechnik in der Landwirtschaft "Tanz in den Mais" am 30./31. Juli 2005.
- Die Aktionen der Friedensbewegung am Hiroshimatomag und Antikriegstag.
- Das Aktionswochenende gegen Lager und für Bewegungsfreiheit am 24./25. September.
- Die Aktionen der Friedensbewegung gegen die Verlängerung des Afghanistanmandats der Bundeswehr im Oktober 2005.
- Den Kongress "Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein" in Wien am 7.-9. Oktober 2005.
- Die landesweiten Aktionen in Baden-Württemberg gegen Wohnungsnot und Armut am 12. Oktober 2005.
- Die Demonstration gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien am 5.11. in Lüneburg sowie die nachfolgenden Aktionen gegen die Castor-Transporte.
- Den Bürgerkonvent "Für ein anderes Europa" in Rom am 12./13. November 2005.
- Den weltweiten Aktionstag am 10. Dezember gegen die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong: "Stoppt die WTO Konzern Agenda"!
- Das internationale Symposium über Isolation von Gefangenen vom 17.-20. Dezember in Paris.
- Die Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren und Abschaffung der Lehrmittelfreiheit im Herbst 2005 und Frühjahr 2006.
- Gegenaktionen zur NATO-Sicherheitskonferenz vom 3.-5. Februar 2006 in München.
- Einen bundesweiten Aktionstag der lokalen Sozialforen für ein lebenswertes Europa im Zusammenhang mit einer europäischen Initiative am 4. März 2006.
- Die Beteiligung am nächsten Europäischen Sozialforum in Athen im April 2006.
- Die Ostermärsche der Friedensbewegung im Frühjahr 2006.
- Europäische Märsche für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zum EU-Gipfel nach Wien im Juni 2006.

Weitere Informationen auf www.versammlung-sozialer-bewegungen.de!